

Rathaus

Report

Das Stadtratsmagazin

Ausgabe
Sommer 2026

Haushalt abgelehnt:

Debatte um Kürzungskurs der Stadtspitze

Wohnen in Erlangen ist teuer:

Nettokaltmiete liegt bei 13,24 € pro Quadratmeter

Spardruck in Erlangen:

Nachbargemeinden sollen mitzahlen

Wohnen in Erlangen ist teuer.

Die Ergebnisse einer Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion zur Mietenentwicklung in bayrischen Städten zeigen für Erlangen eine durchschnittliche Nettokaltmiete von 13,24 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2025.

Im Vergleich dazu lag der Wert 2015 bei 9,11 und 2022 bei 10,99 Euro, was einem jährlichen Anstieg von etwa 3,8 Prozent entspricht. In den Nachbarstädten liegen die Vergleichswerte für Online-Angebotsmieten bei 12,71 in Nürnberg bzw. 12,95 Euro in Fürth.

Oberbürgermeister Jörg Volleth (CSU) räumte die angespannte Lage auf dem örtlichen Wohnungsmarkt ein: „Die steigenden Mieten sind für viele Menschen in Erlangen eine große Belastung. Deshalb bleibt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben“.

Bei Neubaumaßnahmen setzt die Stadtverwaltung auf größere Quartiersentwicklungen unter Einbindung privater Investoren. Kurzfristige Spürbarkeit der Entlastung sei dabei laut Volleth jedoch nicht zu erwarten.

Kritik an dieser Ausrichtung kommt von der Fraktion der Erlanger Linken, die eine stärkere

Priorisierung des öffentlichen Wohnungsbaus sowie höhere Sozialwohnungsquoten einfordert. Als Beispiel für eine verfehlte Entwicklung verweist die Fraktion auf das Objekt in der Wichernstraße 18. Dort entstehen nach der Sanierung durch einen privaten Träger möblierte Wohnungen. Da für studentischen und möblierten Wohnraum die Regelung der Mietpreisbremse rechtlich nicht greifen, befürchtet die Fraktion stark steigende Mieten an diesem Standort.

Vor diesem Hintergrund hinterfragt die Erlanger Linke die Anwendung der kommunalen Sozialwohnungsquote, die grundsätzlich einen Anteil von 30 Prozent gefördertem Wohnraum vorsieht. Die Antwort der Stadtverwaltung auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion zeigt große Lücken in der Anwendung der Sozialwohnungsquote.



Debatte um Kürzungskurs der Stadtspitze

Der beschlossene städtische Haushalt für 2026 wurde wie zu erwarten abgelehnt: Die Regierung von Mittelfranken hat dem Zahlenwerk die Genehmigung verweigert. Die Aufsichtsbehörde fordert stattdessen weitere umfassende Kürzungen vor allem im Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen.

Die Erlanger Stadtregierung aus CSU und Grünen hat angekündigt, die Sparanordnungen aus Ansbach vollständig umzusetzen. Dabei schließt die Koalition eine Erhöhung der Gewerbesteuer kategorisch aus. Stattdessen setzt sie auf umfangreiche Kürzungen sowie das Versprechen, den „Wirtschaftsstandort Erlangen attraktiver zu machen“.

Der Ökonom Lukas Eitel sieht einen Zielkonflikt: „Der Standort Erlangen ist für Unternehmen vor allem attraktiv, weil qualifizierte Beschäftigte gerne in Erlangen wohnen wollen. Dazu passt, dass die Unternehmen als größte Standortprobleme Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Wohnraum nennen. Wenn die Stadt jetzt bei Infrastruktur, Kultur, Bildung, Sozialem und bezahlbarem Wohnen spart, nimmt die Attraktivität des Wirtschafts-



Lukas Eitel, Ökonom

standorts ab. Dazu kommt noch, dass es für die Erlangerinnen und Erlanger natürlich auch schlecht ist.“

Auch aus der Opposition gibt es Kritik: Die Fraktionen der Erlanger Linke und der SPD stellen sich in einem gemeinsamen Antrag gegen umfassende Kürzungen, die die Funktionsfähigkeit der Stadt gefährden. Die Erlanger Linke geht noch einen Schritt weiter: „Wenn soziale und kulturelle Einrichtungen erst einmal schließen müssen, ist die Wahrscheinlichkeit einer Wiedereröffnung gleich null. Diese Einsparmaßnahmen werden die Lebensqualität in Erlangen massiv senken. Wir haben diese Kürzungspolitik vor der Wahl abgelehnt und bleiben dabei. Wichtig ist, dass sich die Stadtgesellschaft sowie die Einrichtungen zusammenschließen und für den Erhalt kämpfen. Deshalb führen wir viele Gespräche mit sozialen Einrichtungen, um uns über deren Lage zu informieren und notwendige Schritte zu besprechen.“

13.931 € für den Erlanger OB

Der Stadtrat hat mehrheitlich beschlossen, die Dienstaufwandsentschädigungen für die Stadtspitze auf den gesetzlichen Höchstsatz zu setzen.

Am Beispiel von Oberbürgermeister Jörg Volleth (CSU) wird der Umfang deutlich: Zu seinem monatlichen Grundgehalt von 12.240,77 Euro kommen nochmal monatlich 1.690,44 Euro „Aufwandsentschädigungen“ steuerfrei hinzu. Die Fraktion von Grüne/Grüne Liste hat in der Vergangenheit diese hohen Vergütungen abgelehnt, ihnen jetzt allerdings gemeinsam mit der CSU zur Mehrheit verholfen. „Wir ändern nicht unsere Meinung, aber unser Abstimmungsverhalten“, kommentierte Dominik Sauerer, Fraktionsvorsitzender Grüne/Grüne Liste.

Zusätzlich hat die schwarz-grüne Koalition einen dritten hauptamtlichen Bürgermeister eingeführt. Die jährlichen Kosten liegen im fünfstelligen Bereich. Begründet hat die Koalition das mit der Notwendigkeit, im Stadtrat „Brücken zu bauen“.

Für die Fraktion der Erlanger Linke ist das in Zeiten der angespannten Haushaltslage das falsche Signal. „Vor dem Hintergrund der bereits sehr hohen Gesamtvergütung erscheint die

Beibehaltung des Höchstsatzes nicht angemessen und mutet den Bürgerinnen und Bürgern eine weitere finanzielle Belastung zu. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss Maß halten – gerade bei politischen Spitzenämtern,“ so die Sprecherin für Finanzen Hanna Wanke.

Die Fraktion der Erlanger Linke beantragte daher, die Dienstaufwandsentschädigung auf das gesetzliche Minimum abzusenken. „Leider hat die Koalition unseren Antrag abgelehnt. Diese Vergütung liegt sehr deutlich über dem Einkommen durchschnittlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch der neue dritte Bürgermeister erscheint uns unsinnig. Wie ein weiterer Bürgermeister von der Regierungspartei CSU im Stadtrat Brücken bauen soll, versteht wohl nur die Koalition“, so Wanke weiter.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisiert: „Alles muss ohne Vorbehalte auf den Prüfstand, aber zum Beispiel das Geld für einen zusätzlichen dritten Bürgermeister nicht“, so die Erlanger Vorsitzende des DGB Petra Rothe.



Spardruck in Erlangen

Nachbargemeinden sollen mitzahlen

Die Haushaltskrise beeinflusst die Stadt und die örtlichen Strukturen stark. Nun sollen die Einsparungen fortgesetzt werden. Unter anderem gehören dazu die Bezuschussung der Eintrittspreise für Schwimmbäder. Diese werden, wie viele anderen Einrichtungen, auch von den Nachbargemeinden genutzt. Bei den Schwimmbädern geht es hier um Millionenbeträge.

Die Fraktion Erlanger Linke im Stadtrat hat einen Antrag für einen Ausgleich dieser Kosten mit den Nachbargemeinden eingereicht. „Ziel des Antrags sind Verhandlungen mit dem Landkreis, um die Verlagerung der Kosten der gemeinsam genutzten Einrichtungen zu verteilen.“ erklärt Stadträtin Ronja Wegele (Erlanger Linke). „So soll vermieden werden, dass Schwimmbäder oder andere Einrichtungen wegen knapper Kassen geschlossen werden müssen. Die Verantwortung liegt nun bei den Nachbarkommunen: Sollten die Verhandlungen scheitern, müsste über eine kostendeckende Anpassung der Preise für die Nutzer*innen außerhalb Erlangens nachgedacht werden. Um das zu vermeiden setzen wir mit



Ronja Wegele,
Erlanger Linke Stadträtin

dem Antrag ausdrücklich das Ziel einer Einigung und die Abwendung solcher Konsequenzen.“

Erlangen ist durch das geltende Gewerbesteuersystem in die bestehende Problemlage gerutscht. Dieses ermöglicht aktuell Gewerbesteueroasen im Inland. Diese Rechtslage hat ein örtlicher Konzern genutzt und eine Tochtergesellschaft in einer benachbarten Niedrigsteuer-Gemeinde gegründet. Sehr profitable Bereiche wurden dann pro-forma in die Tochterfirma übertragen, um Gewerbesteuer zu sparen. Um diese Notlagen von Kommunen zu vermeiden, muss sich das Gewerbesteuergesetz verändern.

Die Linke im Bundestag hat einen entsprechenden Antrag eingereicht. Dieser fordert unter anderem eine Anhebung des gesetzlichen Mindesthebesatzes. Den Bundestags-Antrag können Sie unter dem Link des QR-Codes nachlesen.

Wenn das Warten auf den Pass zur Geduldsprobe wird

Ein Fall aus der Sozialsprechstunde verdeutlicht die aktuellen Belastungen der kommunalen Behörden und die Folgen dessen: Eine Person wartet nun bereits seit über zwei Jahren auf die Bearbeitung ihres Einbürgerungsantrags.

Die betroffene Person lebt und arbeitet seit mehr als zwanzig Jahren in Deutschland und erfüllt augenscheinlich alle gesetzlichen Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Trotzdem gibt es bisher keine Rückmeldung des Amtes. Auf Nachfrage von Stadträtin Gabi Stadlbauer verwies das zuständige Amt auf die hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Prinzip der chronologischen Fallbearbeitung. Stadlbauer weist auf die persönlichen Konsequenzen für die Betroffenen hin: „Für die Menschen, die so lange auf ihren Einbürgerungsantrag warten müssen, ist diese Hängepartie eine psychische Belastung.“ Dass Einbürgerungsverfahren in Deutschland viel Geduld erfordern, ist leider keine Seltenheit. Wer einen Antrag stellt, muss sich auf eine lange Hängepartie einstellen. So ist eine Bearbeitungszeit von 18



Foto: Erlanger Linke

Gabi Stadlbauer,
Erlanger Linke Stadträtin

Monaten oder länger mittlerweile der Standard in vielen Kommunen. Einen gesetzlich verankerten Anspruch auf eine schnelle Bearbeitung innerhalb einer bestimmten Frist gibt es im Einbürgerungsrecht nicht. Dass kürzere Verfahren möglich sind, zeigt das Beispiel der Nachbarstadt Nürnberg. Trotz einer höheren Gesamtzahl an Anträgen liegt die Bearbeitungszeit dort zwischen 6 und 15 Monaten. Grund hierfür ist eine weitgehende Digitalisierung des Verfahrens: Anträge können vollständig online eingereicht werden, woraufhin eine automatische Prüfung auf Vollständigkeit erfolgt und die Daten direkt in das interne Bearbeitungssystem übernommen werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion Erlanger Linke eine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet. Ziel ist es, die Ursachen für die Verzögerungen in Erlangen zu klären und Potenziale für effizientere Verwaltungsabläufe zu identifizieren.

Erlanger Linke erweitert Sprechzeiten der Sozialsprech- stunde

Die Fraktion Erlanger Linke erweitert das Angebot ihrer Sozialsprechstunde in den Räumlichkeiten in der Saalestraße 13. Künftig stehen den Bürgerinnen und Bürgern wöchentlich drei feste Termine zur Verfügung.

Die Kapazitätserweiterung ist laut Fraktion eine Folge des Ergebnisses bei der letzten Kommunalwahl, bei dem die Erlanger Linke 9,4 Prozent der Stimmen erzielte und ihre Vertretung im Stadtrat auf fünf Sitze ausbauen konnte.

Stadträtin Hanna Wanke betont die Dringlichkeit des niederschweligen Beratungsangebots: „Jeder Mensch kann in eine soziale Notlage geraten. Zwar bieten Stadt und Staat verschiedene Unterstützungsleistungen an, doch diese reichen oft nicht aus oder sind schwer zugänglich. In vielen Fällen braucht es Unterstützung, um berechnigte Ansprüche durchzusetzen“.

Wie nötig diese Hilfe ist, verdeutlicht Hanna Wanke an einem aktuellem Beispiel aus ihrer Beratungspraxis: Eine Person suchte die Sprechstunde

auf, weil ihr Antrag auf Bürgergeld vom Jobcenter wegen fehlender Unterlagen nicht bearbeitet wurde. Eine Anfrage der Stadträtin an die Behörde blieb über Monate unbeantwortet. Die Fraktion hat daraufhin eine Anfrage in den Stadtrat eingebracht, um die Missstände und strukturellen Probleme beim Erlanger Jobcenter aufzuklären.

Neben der Hilfe bei Behördenangelegenheiten umfasst das Angebot der Sprechstunde auch finanzielle Überbrückungshilfen. Über einen fraktionseigenen Sozialfonds können in akuten Notlagen kurzfristige Hilfen gewährt werden, beispielsweise um drohende Stromabschaltung zu vermeiden.

Das Beratungsangebot steht allen Ratsuchenden offen. „Kein Anliegen ist zu klein“ – unter diesem Leitgedanken dient die Sprechstunde neben der Bewältigung sozialer Notlagen auch als Anlaufstelle für politische Anregungen, Fragen und den kommunalpolitischen Austausch über die Entwicklung in Erlangen.

Sprechstundentermine:

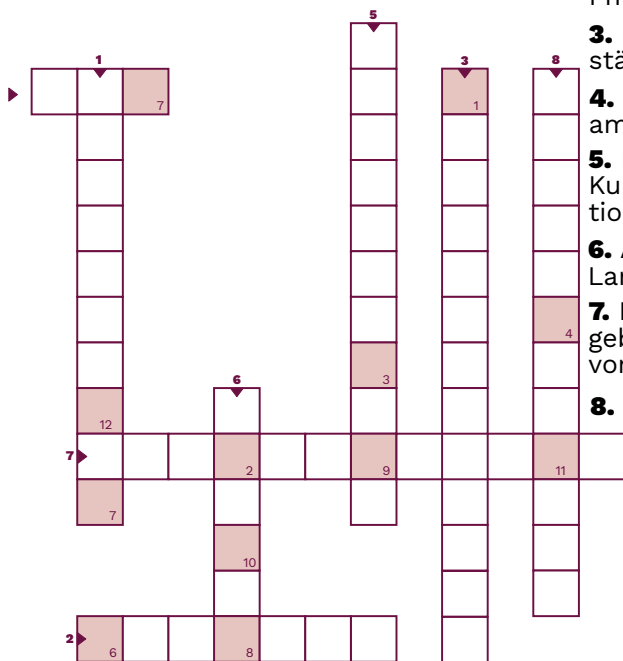
Dienstag: 15:30 - 17:30 Uhr

Mittwoch: 8:30 - 10:30 Uhr

Donnerstag: 17:00 - 19:00 Uhr

Die Sprechstunde findet in der Saalestraße 13e statt.

Rathaus Rätsel



1. Suppenküche in Erlangen
2. Größter Hörsaal in der Philosophischen Fakultät
3. Grünfläche in der Innenstadt, in städtischem Besitz
4. Demonstration, welche in am 19.09. in Erlangen stattfindet
5. Platz in Erlangen der auch als Kundgebungsort und für Demonstrationen genutzt wird
6. Abkürzung für solidarische Landwirtschaft
7. Projekt im Erlanger Stadtgebiet zur kostenfreien Weitergabe von Kleidung und Gegebenständen
8. Ziel von Umweltbündnissen

Du hast die Lösung gefunden?

Schick uns die Lösung bis zum 30.06.2026 per Mail an **erlanger-linke@stadt.erlangen.de**. Verlost werden zwei **Kästen Queer Bier** des CSD Erlangen.

Lösung:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Herausgeber:
Stadtratsgruppe erlanger linke,
Rathausplatz 1,
91052 Erlangen

erlanger-linke@stadt.erlangen.de
www.erlanger-linke.de
Telefon: 09131 86 17 89

Verantwortlich für die Inhalte:
Linus Hoppe

